

## Aus dem Grossen Rat

### Politisch heisse Eisen

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Die Medienpräsenz des Grossen Rates ist unbefriedigend. Dem wollte ein Grossrat mit einem Antrag auf Direktbeschluss samt Nachtragskredit von 520 000 Franken ein Ende setzen. Ein Drittel sollte für die Traktandenliste und alle Beschlüsse in der Aargauer Zeitung, die restlichen zwei Drittel für ein Internetportal des Grossen Rates verwendet werden. Das überladene Fuder des von SP, Grünen und EVP unterstützten Antrages wurde jedoch mit 72 Nein zu 40 Ja abgelehnt. Ausschlaggebend waren finanzielle sowie medienpolitische Überlegungen. Die vorangegangene Diskussion bot darüber hinaus eine ideale Gelegenheit zur Medienschelte. Gerügt wurde unter anderem die kantonale Monopolstellung der Aargauer Zeitung und die fehlende Ausgeglichenheit der Berichterstattung. Unerwähnt blieb das bedenkliche Ungleichgewicht zwischen parlamentarischer und regierungsrätlicher Medienpräsenz. Regierung und Verwaltung verfügen über ein Heer gutbezahlter Kommunikationsprofis, die in hoher Kadenz Medienmitteilungen vom Stapel lassen. Der Grosse Rat täte gut daran, hier endlich den Hebel anzusetzen.

Mit 97 zu 0 Stimmen überwies der Grosse Rat eine Standesinitiative zur Krankenversicherung. Im entsprechenden Bundesgesetz fehlt eine Bestimmung, wonach Leistungen nur bei Bezahlung der Prämien erfolgen. Weil sich viele, auch gutsituierte Leute vor der Zahlung drücken, muss der Staat die Lücken mit Steuergeldern füllen. Das ist unbefriedigend und muss dringend geändert werden.

Viel zu reden gab die 2. Lesung des Grossratswahlgesetzes und insbesondere das neue Quorum. Demnach sollen nur noch Listengruppen an der Sitzverteilung teilnehmen, welche in einem Bezirk mindestens 5 Prozent aller Listenstimmen erhalten oder kantonal einen minimalen Wähleranteil von 3 Prozent erreichen. Gerügt wurden Ausgrenzung und respektloser Umgang mit politischen Minderheiten sowie die unnötige Zwängerei am Wählerwillen vorbei. Mit 68 Ja zu 53 Nein nahm das Gesetz zwar die parlamentarische Hürde, kommt aber wegen des fehlenden absoluten Mehrs automatisch vor das Volk. Allerdings hätten die unterlegenen Parteien ohnehin das Behörden-Referendum ergriffen. Tatsache bleibt jedoch, dass der Grosse Rat aktuell eine zu grosse Zersplitterung aufweist, Kommissions- und Parlamentsberatungen häufig sehr oberflächlich verlaufen, vielfach farblose Kompromissentscheide resultieren und die parlamentarische Arbeit trotz Verkleinerung des Grossen Rates nach wie vor als sehr ineffektiv qualifiziert werden muss.

Als weiteres politisch heisses Eisen erwies sich erwartungsgemäss die Vorlage für die familienergänzende Kinderbetreuung. Der über dreistündige Schlagabtausch zeigte die tatsächlichen ideologischen Demarkationslinien in aller Deutlichkeit auf. Der Nichteintretensantrag der SVP wurde mit 79 zu 45 Stimmen gebodigt. In der Detailberatung beschloss der Grosse Rat aber entgegen dem Antrag der Regierung, dass sich der Kanton nicht mit 20, sondern mit 50 Prozent an den Aufwendungen der Gemeinden beteiligen muss. In der Gesamtabstimmung passierte die Vorlage in der ersten Lesung mit 71 zu 42 Stimmen. Kanton und Gemeinden sind damit auf bestem Weg zu einer weiteren neuen Staatsaufgabe mit entsprechenden Kosten...